

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 63.

Dresden, Freitag den 18. März 1910.

21. Jahrg.

Abonnementpreis mit der tägl. Anzeigensbeilage Leben, Wissen, Kunst und Jugendzeitung einschließlich Postgebühren monatlich 80 Pf. Vierteljährlich 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 2.50. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Expeditionsbüro wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Belegzeitung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

abgestochene Januschauer und der taubstumme Präsident.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Nach einer langen Sitzung und in größter Erregung ist der Reichstag am Donnerstag in die Osterferien gegangen. Er alles erwarten hat die dritte Lesung des Etats, die sich als eine mühsame, bisweilen langweilige, im mehr formale Geschäftsverlebung darstellte, zu Szenen höchst dramatischer Wildheit geführt.

Es war wieder der Junker v. Januschau, der den Sturm hervorrief. Dieser Rittermeister a. D. und Agl. der Kammerherr, der die bronzefarbene Unbesonnenheit im Dreiklassenhaufe die Anbelange der Sippe zu verzeichnen, hat, was denn doch bisher in der Reichstagsgeschichte neu war, den deutschen Reichstag auf das Niveau eines korporatistischen Lammleibes herabgezerrt und mit einer an bürgerliche Mitglieder gerichteten Ausweisung zur Schließung seines Ansehens die Krone aufgesetzt. Der süddeutsche Abgeordnete Herrmann hat ihn mit dem spanischen Ritter Don Quijote verglichen. Zu Unrecht. Dieser spanische Ritter ein verächtlicher Idealist. Will man eine literarische Zeichnung für den Januschauer anwenden, so muß man nicht zum spanischen Don Quijote, sondern zum spanischen Don Juan Pizarro greifen, der die blutigen Kämpfe aus dem Reich der Niederlande zum Vergleich heranzieht, nur nach die sprichwörtlich gewordenen Redensarten denn nicht diesen Stallgeruch ausströmen, wie er die Fliegen umweht.

Aber der Januschauer war es nicht allein, der der letzten Sitzung dieses Reichstags den bezeichnenden Stempel aufdrückte. Als der Januschauer vor ein paar Wochen die bezeichnendste Rede hielt, präsierte der uneheliche Sohn eines pensionierten Arztes Herr Spahn seinen Vorgesetzten zu halten, als d. Oldenburg drei Mitglieder des Reichstags, die Fortschrittler Haukmann und Müller, die Sozialisten und unsere Genossen Kasse, anrühel. Deren langer sarkastischer Aufforderung der gesamten Linken schließlich der Nationalliberalen bedurfte es, um Spahns Unmündigkeit zunächst einmal eine sanfte Rüge Oldenburgs zu erteilen und erst den nachdruckvollen Erklärungen des Reichstags, des freilichigen Magdan und des national-liberalen Abgeordneten Baasche sowie dem Jureben der Reichstags und d. Herrling, die augenscheinlich etwas wie ein Gefühl über die sonderbare Geschäftsführung dieses Reichstags Vorstehenden äußerte, gelang es, dem widerwärtigen Hege der Jähne des Herrn Spahn einen noch recht erhaltenen Ordnungsruf gegen die Januschauerliche Forderung zu erteilen.

Erst, der nachher den Präsidentensessel aetzte, war viel mehr als ein Ordnungsruf bei der Hand, als Genosse v. Oldenburg nicht etwa irgendeine Person, sondern ein Mann, nämlich das der Reichstagskassenrat, etwas scharf kritisierte. Ebenso machte Graf Schwerin-Idrow, sonst noch ein rechtlicher in präsidialen Dreimännerklub, gegen durchgerechnete scharfe Ausführungen Konrad Haukmanns die Anstalten. Schließlich gegen alle wirklichen und angeblichen Angriffe der Linken, scheint das Präsidium, das der Schimpfbild besichert hat, mit wahrhaft bemitleidender Taubstummheit gegen alle Fliegen der Rechten getan zu sein. Aber diese Haltung des Präsidiums verstärkte den Eindruck des eschienenen Sieges der Linken, mit dieser sarkastischen Sessionsabschnitt schließt. Die Junker sind in gewundenen Worten, durch Herrn v. Romanns die Solidaritätshaltung für ihr Januschauerliches Verhalten abzuweisen, und die Fortschrittler Biemer, Romann, Müller-Reinigen und auch Genosse Bebel im unwiderprochen konstatiert, daß sich der Junker Januschau außerhalb des parlamentarischen Gesetzes befindet.

Der äußere Hergang der Sitzung finden unsere Leser bereits. Nach den Oldenburgschen beschwindet natürlich alles an Bedeutung, was sonst behandelt wurde, so ist es auch im einzelnen sein mochte. — In der Generaldebatte gab Ledebour eine kurze, von Humor und Satire durchdrungene Charakteristik des persönlichen Regiments; beim Reichstags, beim Postamt, beim Militärat, beim Reichstags konstatierten die Genossen Scheidemann, Hubell, Debes, Severing, Böhm die sozialpolitische Rückständigkeit der Reichstags, wie überhaupt die verschiedenen Reformbehörden, die durch sogenannte freiwillige Erklärungen von Beamten und Offizieren die Kritik unserer Fraktionsredner zu widerlegen — was man so widerlegen nennt.

Die erste Sitzung nach den Ferien findet am 12. April statt. Dem Wunsch des Reichstags Bebel entsprechend sollen einer der ersten Sitzungen die schon viel zu lange zurückliegenden Wahlprüfungen vorgenommen werden.

Zum Internationalen sozialistischen Kongreß in Kopenhagen.

Das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel richtet an die sozialistischen Parteien und an die gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen aller Länder die Einladung zum nächsten Internationalen Kongreß des Sozialismus. Wir entnehmen dem Einladungsbrief folgende für die Allgemeinheit wichtigen Ausführungen:

Das Internationale sozialistische Bureau, welches im Jahre 1900 eingesetzt wurde, um die Arbeiten der Internationalen Kongresse zu fördern und deren Beschlüsse auszuführen, hat beschlossen, den nächsten Internationalen Kongreß des Sozialismus in Kopenhagen (Dänemark) abzuhalten in der Woche vom 28. August bis 3. September 1910 und lädt zu dem Kongreß gemäß den Beschlüssen der Kongresse zu London (1896) und Paris (1900) ein:

1. Alle Organisationen, die den wesentlichen Grundgedanken des Sozialismus anerkennen: Sozialisierung der Produktion, und Austauschmittel; Internationale Vereinigung und Aktion der Arbeiterklasse; Eroberung der öffentlichen Gewalt durch das in einer Klassenpartei organisierte Proletariat;

2. alle gewerkschaftlichen Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und die Notwendigkeit der politischen, also legislativen und parlamentarischen Aktion anerkennen, jedoch nicht in direkter Weise an der politischen Bewegung beteiligt sind. (Pariser Kongreß 1900.)

Wenn Ihre Organisation diesen Grundgedanken zustimmt, bitten Sie das Internationale sozialistische Bureau die Frage der Beteiligung Ihrer Organisation am Kopenhagener Kongreß in kürzester Frist auf die Tagesordnung Ihrer nächsten Versammlung zu setzen und ihm, entsprechend den im folgenden gemachten genaueren Angaben eine kurze Geschichte Ihrer Partei seit dem Jahre 1907, zu übersenden und so die Ansicht Ihrer Partei — in Gestalt eines Berichtes und einer Resolution — über die Fragen, die von den verschiedenen Parteien auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen vorgeschlagen werden, mitzuteilen.

Die Tagesordnung. — In seiner letzten Sitzung, am 7. November 1909, hat das Bureau die folgende Tagesordnung beschlossen:

1. Die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den politischen Parteien.
2. Die Arbeitslosenfrage.
3. Das Schiedsgericht und die Abrüstung.
4. Die internationalen Ergebnisse der Arbeiterbewegung.
5. Die Organisation einer internationalen Rundgebung gegen die Todesstrafe.
6. Das für die rasche Ausführung der Beschlüsse der Internationalen Kongresse einzuschlagende Verfahren.
7. Die Organisation der internationalen Solidarität.

Der erste Punkt der Tagesordnung ist ein Vorschlag, der veranlaßt ist durch den Punkt der Stuttgarter Tagesordnung: Die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den politischen Parteien. Die Gewerkschaftsbewegung entwickelt sich in gewissen Ländern immer mehr, und die Parteigenossen möchten gern Angaben über die beste Art der Verbindung ihrer jungen Organisationen erhalten. Wollen die Gewerkschaften selbst neutral, unabhängig von den politischen Parteien, oder mit diesen durch ein persönliches Band verknüpft oder schließlich an die Partei angeschlossen sein? Dies sind die verschiedenen Gesichtspunkte des Problems.

Der zweite Punkt der Tagesordnung ist eine aktuelle Frage. Raum und Zeit von dem Land einer Krise befreit, welche die Arbeiterklasse nach heute fühlt. So war es denn der lebende Beleg der Arbeiterfrage, das Uebel genau zu prüfen und die Mittel zur Abhilfe anzugeben, welche bereits angewandt worden sind und welche angewandt werden müßten, welches die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit gründen ist wie die Gewerkschaften, die Städte oder andere Institutionen mit ihren Unterhaltungen eingreifen und welches die Stellung der öffentlichen Gewalt angesichts dieses periodisch wiederkehrenden Übels ist.

Der 3. Punkt stellt die Frage des Schiedsgerichts und der Abrüstung auf. Er umfaßt in der Tat das Hauptproblem des Militarismus und namentlich die Frage wie und in welchem Umfang die beteiligten Parteien eine Keimung über die Verbesserung, welche die Arbeiter ihrer Länder durch den Erfolg der verschiedenen sozialistischen Parteien und die Arbeiterorganisationen hoffen können die Kriegsgefahr zu beseitigen, das Schiedsgerichtswesen an die Stelle der Gewalt, die Abrüstung an die Stelle des blutigen Krieges zu setzen. Die angelegerten Parteien haben die Pflicht zu tun, was sie auf diesem Gebiet bereits unternommen haben und welches noch ihre Hoffnungen auf bezügliche Ergebnisse in der nächsten Zukunft begründen wird.

Der 4. Punkt umfaßt eine Gesamtheit von eng miteinander verknüpften Fragen, und namentlich die verschiedenen Besetzungsmöglichkeiten der sozialen Versicherung. Die Arbeiterklasse erlitten von den beteiligten Parteien eine Keimung über die Verbesserung, welche die Arbeiter ihrer Länder durch den Erfolg der verschiedenen sozialistischen Parteien erfahren hat, um so zu einem Schluß auf die Unmöglichkeit oder die Unmöglichkeit der einen oder anderen Gewerkschaften zu gelangen, ohne daß dabei die Zustimmung der zur Verwirklichung des vorliegenden Ergebnisses gemachten Anstrengungen begriffen wird.

Die Erörterung des 5. Punktes hat sich als unbedingt notwendig erwiesen einmal durch die Stellung des Parismus, der sich seiner nächsten Gegner entledigt hat und noch heute tagtäglich erleidet durch die durch die in den Tod führt, und dann andererseits durch die Stellung des französischen Kleinbürgertums, das sich eingebildet hat, es könne die Kolonialpolitik dadurch herabmindern, daß man die Verbrechen hinrichte und trotzdem die augenblicklichen Bedingungen aufrecht erhält, die doch den eigentlichen Nährboden für alle Verbrechen bilden.

Der 6. und 7. Punkt der Tagesordnung sind wichtige Fragen der Gewerkschaftsbewegung. a) Wie hat man zu verfahren, um befristete Arbeiter zu bringen? Welches ist die Art und Weise, welche die verschiedenen nationalen Sekretäre vorschlagen? b) Welches ist das beste Verfahren, um im Falle eines schweren Konfliktes zwischen Kapital

und Arbeit Unterhaltungen zu sammeln? (Erinnern Sie sich an die Wiesenauflösung in Schweden?) Wie muß man die Arbeiterblätter mit Nachrichten versehen und wie die offiziellen Zeitungen und Nachrichten-Büros beschreiben, der Bewegung durch einseitige Informationen zu schaden?

Der Kongreß wird im Konzert-Palast — Das Fellow Palace (Konzert-Palast), Bre'gade, 28, Kopenhagen K. — abgehalten, welcher groß genug für die Abhaltung unserer Hauptversammlungen und für die Sektionsitzungen ist. Wie es auch in Stuttgart gehandhabt worden ist, wird der Ortsausschuß (Adresse: Stauning, 22, Nørrebro, 22, Kopenhagen) für Wohnung, ebenso für die Führung der ausländischen Genossen sorgen und einen besonderen Raum zur Verfügung der Presse halten. Um die Vorarbeiten zu erleichtern, bitten wir die Delegierten, ihre Beteiligung so früh als möglich mitzuteilen. Sie werden dann ihre vorläufige Karte erhalten, welche dann nach der Erfüllung der Konditionen, in Kopenhagen gegen die endgültigen Karten umgetauscht werden deren Preis auf 10 Franc festgesetzt ist, 8 Mark, 8 Schilling, 10 österreichische Kronen 7 spanische Kronen.

Schließlich lenken wir Ihre Aufmerksamkeit auf die folgenden Angaben des Kongreß-Reglements.

1. Die Organisationen jedes Landes oder jeder Nation haben in Kopenhagen eine Sektion zu bilden, welche sich über die Zulassung aller Parteien und Organisationen des betreffenden Landes oder der betreffenden Nation zu äußern hat.

2. Die Stimmen einer jeden Sektion, welche in ordnungsgemäßer Weise angeschlossen ist, werden nach der folgenden Skala verteilt, welche vom Bureau angenommen ist, aber noch einer möglichen Veränderung unterworfen bleibt:

- 20 Stimmen: Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Rußland.
- 15 Stimmen: Italien.
- 14 Stimmen: Vereinigte Staaten.
- 12 Stimmen: Belgien, Schweden.
- 10 Stimmen: Dänemark, Polen, Schweiz.
- 8 Stimmen: Finnland, Holland, Ungarn, Norwegen.
- 6 Stimmen: Spanien.
- 4 Stimmen: Argentinien, Bulgarien, Rumänien, Serbien.
- 3 Stimmen: Türkei.
- 2 Stimmen: Argentinien.

3. Entschieden dem Reglement muß die vorliegende Einladung den sozialistischen und Arbeitervereinigungen durch den Parteivorstand einer jeden Sektion übermittelt werden, und falls dies nicht möglich ist, durch den Sekretär einer jeden angeschlossenen Partei.

Wir erlauben alle Zeitungen und Zeitschriften der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen, dieses Rundschreiben kostenlos bald abzurufen.

Mit dem Wunsch, daß der Kopenhagener Kongreß der wachsenden Macht der Internationalen Sozialdemokratie entsprechend ausfallen möge, zeichnet mit brüderlichen Grüßen.

Das Internationale sozialistische Bureau.
Das Exekutiv-Komitee des Internationalen sozialistischen Bureaus (Kongreß).
Eduard Kasperle, Anton Krumpholtz, Emile Vandervelde, Kamille Lohmann, Sekretär.

Drohendes Wohlwollen.

Aus dem Elfaß wird uns geschrieben: Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat eine Verfassungsreform für Elfaß Vorklagen angedeutet. Eine detaillierte Einberaumung aus dem Munde des Reichers der preussischen Wahlrechtsvorlage ist an sich schon geeignet, auch lebendige Gemüter mitreißend und ängstlich zu stimmen. Der Reichskanzler hat sich geäußert, daß seine Mitteilung auf den Wünschen der äußeren Linken nur eine kritische Heiterkeit auszulösen vermöchte. Sie kennen ja den Entwurf noch nicht, aber um so besser aus seinen preussischen Taten den Verläufer, und wenn jemals, so ist sicherlich in diesem Falle und ihm gegenüber die wichtigste Tugend der Demokratie, das Mißtrauen, berechtigt.

Was das elfaß lothringische Volk betrifft, ist in der Resolution ausgesprochen, die von der sozialdemokratischen Fraktion dem Reichstag vorgelegt worden ist: Gleichstellung mit den deutschen Staaten, d. h. Umwandlung des Reichslandes in einen vollberechtigten Bundesstaat und zu dem neuen Landtag das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Diese Forderung wird mit so ernstlichen Tönen vertreten, daß sie sogar von dem elfaß lothringischen Landesausschuß beinahe einstimmig anerkannt worden ist. Und was die Form des neuen Bundesstaates anlangt, so konnte im Parlament festgesetzt werden, daß fast ohne Ausnahme in allen Parteien die Republik für die einzig geeignete und nach den Traditionen und der Vergangenheit des Landes mögliche Form erklärt wird. Der Reichskanzler hatte sich bereits in der Generaldebatte zum Etat am 13. Dezember zu diesen dringenden Wünschen der elfaß lothringischen Bevölkerung ausgesprochen. Was er damals sagte, kann allerdings wenig vertrauenswürdig sein. Er spielte dabei auf eine nationalistische, französischfreundliche Stimmung an, die sich sehr bemerkbar machte, und sprach von „Garantien“, die von einer Reform aus dem Lande gegeben werden müßten. Diese Auffassung hat er nun freilich in seiner letzten Rede einigermassen revidiert. Er hat namentlich dem unangenehm wirkenden Wort von den „Garantien“ diesmal eine mehr entspannende Bedeutung gegeben, in der unabweisbarsten Erkenntnis, daß eine Forderung zu dem deutschen Regime erst der Erfolg einer vernünftigen Politik sein könnte, wie überhaupt diesmal die ganze Rede auf einen freundlichen, wohlwollenderen Ton gestimmt war. Allein dieser neue Ton, der tatsächlich einen Teil der elfaß lothringischen Abgeordneten gelangen nehmen konnte, hat lediglich das alte Thema variiert, ohne es in Wirklichkeit umzuwälzen. Die oberste Regel dieser preussischen Politik ist nach wie vor: keine Änderung die den Interessen der Junkerlichen Vormachtstellung irgendwie schaden könnte.

Das ist im Grunde genommen auch der ganze, wirkliche Inhalt der Erklärung des Reichskanzlers. Ein Entwurf ist fertiggestellt — aber daß dieser Entwurf die Wünsche des elfaß lothringischen Volkes und der deutschen Demokratie nicht befriedigen kann, das geht zunächst aus dem Stillstehen hervor, das der Kanzler über die Einzel-